

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Andreas Grutzeck, Dr. Anke Frieling,
Richard Seelmaecker, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

Betr.: 15 Punkte für mehr Senioren-Gerechtigkeit in Hamburg

Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben so groß wie heute. Die Lebenserwartung in Deutschland und auch in Hamburg steigt stetig an. Immer mehr Menschen sind bis ins hohe Alter fit und aktiv und möchten möglichst lange selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Laut Sozialverband Hamburg sind aktuell 18,2 Prozent der Menschen in Hamburg 65 Jahre und älter. Im Jahr 2030 werden sogar 22 Prozent der Menschen in Hamburg 65 Jahre und älter sein. Für uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion steht fest, dass wir den Folgen des demografischen Wandels nur durch ein Miteinander der Generationen begegnen können. Wir wollen ältere Menschen daher gezielt unterstützen und gleichzeitig das Potenzial ihrer Erfahrung und ihres Könnens in unserer Gesellschaft nutzen. Die Stadt Hamburg hat in den vergangenen Jahren bereits einige Initiativen auf den Weg gebracht, die älteren Menschen das Leben erleichtern sollen. Dennoch bleiben viele Defizite im Bereich der altersgerechten Politik bestehen, die es zu beheben gilt.

Im Folgenden schlagen wir Maßnahmen für ein seniorenrechtliches Hamburg vor.

I. Mehr seniorenrechtlichen, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen

Um Seniorinnen und Senioren den mehrheitlichen Wunsch, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben, zu ermöglichen, braucht es deutlich mehr altersgerechten, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum in den Quartieren. Im norddeutschen Raum hat Hamburg mit durchschnittlich 12 Euro pro Quadratmeter immer noch die höchsten Mieten. Auch wenn es mittlerweile über 77.000 Sozialwohnungen gibt, stehen dem gegenüber aber deutlich mehr Anspruchsberechtigte – dies betrifft häufig auch Menschen im Rentenalter. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss diese Lücke dringend geschlossen werden. Bezahlbare Wohnprojekte für ältere Menschen müssen deshalb stärker gefördert werden. Auch gilt es, alternative Wohnformen, wie Wohn- und Hausgemeinschaften, in denen sich die Bewohner gegenseitig unterstützen, beziehungsweise Quartiere, in denen seniorenrechtlicher und familiengerechter Wohnraum eng beisammen liegt, zu schaffen. In diesen Quartieren muss neben den erforderlichen Sozialräumen auch eine gute und ausreichende Nahversorgung sichergestellt werden.

II. Altersgerechte Mobilität: Sicher, barrierefrei und bezahlbar

Für ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen ist das Überqueren von Straßen im Fahrrad- und Autoverkehr derzeit an einigen Stellen eine große Herausforderung. Hier könnte schon mit relativ einfachen Maßnahmen, wie zum Beispiel mit bedarfsorientierten und mobilen Ampeln oder Sprunginseln, Abhilfe geschaffen und damit mehr Sicherheit garantiert werden. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die ältere Generation, um sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen zu können. Deshalb muss die Nutzung des ÖPNV auch für Menschen mit geringem eigenem Einkommen bezahlbar sein. Der geringe Preisnachlass, den die Sozialbehörde bislang lediglich auf bestimmte Zeitkarten für Seniorinnen und Senioren gewährt, ist nicht ausreichend und muss

dringend überprüft werden. Mobilität muss durch die bezahlbare Bereitstellung barrierefreier Beförderungsmöglichkeiten gesichert und an die Bedarfe einer älter werdenden Stadt angepasst werden.

III. Altersgerechte Infrastruktur

Im Bereich der Infrastruktur im Wohnumfeld muss deutlich mehr zur Beseitigung von Barrieren im öffentlichen Raum getan werden. Dies kann unter anderem durch die rutschfeste Bepflasterung von Gehwegen, die Beseitigung von Sichtbehinderungen oder durch das Einrichten von Sitzmöglichkeiten geschehen. An vielen Stellen der Stadt ist derzeit zu erkennen, dass es offenbar nicht zu regelmäßigen Kontrollen durch bezirkliche Wegewarte kommt. Die Wege sind zum Teil in einem desaströsen Zustand. Nicht länger akzeptabel ist auch die mangelhafte Beleuchtung vieler Gehwege. Darüber hinaus muss in den Quartieren eine altersgerechte Nahversorgung gewährleistet werden. Dazu zählen insbesondere Post- und Bankfilialen, Ärzte, Apotheken sowie Einzelhandel für den täglichen Bedarf. Ergänzend dazu müssen alle Bezirke und ihre Quartiere mit deutlich mehr öffentlichen Toiletten ausgestattet werden. Dies ist jedoch bislang an vielen Stellen nicht der Fall.

Altersgerechte Infrastruktur und alters- beziehungsweise familiengerechte Siedlungspolitik sind nicht voneinander zu trennen.

IV. Armut und Einsamkeit im Alter bekämpfen

Immer mehr ältere Menschen müssen spätestens mit dem Älterwerden zusätzliche Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen, weil die Rente nicht ausreicht. Trotzdem kommen viele Menschen in Hamburg aufgrund der massiv ansteigenden Kosten für Energie und Lebensmittel auch mit diesem Geld nicht mehr durch den Monat. Hier muss Hamburg sehr viel enghesiger die Kosten regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls die Grundsicherung durch einen Teuerungszuschlag aufstocken, wie es zum Beispiel in München schon geschieht.

Dringend erforderlich ist außerdem die Bekämpfung von Einsamkeit im Alter. Hierzu muss Hamburg eine wissenschaftliche Studie in Auftrag geben, die den Grad und das Ausmaß von Einsamkeit im Alter erforscht und Lösungswege aufzeigt.

V. Angebote und soziale Vernetzung in den Quartieren weiter ausbauen

Soziale Kontakte und Angebote in direkter Nachbarschaft vor Ort bieten besonders älteren Menschen die Möglichkeit, sozialen Zusammenhalt zu schaffen und einen aktiven Lebensstil beizubehalten. Neben dem regelmäßigen Austausch können sie sich gegenseitig unterstützen oder mit ihrem Engagement zum Gemeinwohl beitragen. In einigen Quartieren zeugen solche Begegnungsorte bereits von großem Erfolg, in anderen sind sie jedoch noch ausbaufähig und müssen weiter gefördert werden. Ziel muss es sein, hier ein flächendeckendes Angebot zu schaffen. Bereits bestehende Seniorentreffpunkte brauchen eine moderne Neuaufstellung mit mehr präventiven, beratenden und versorgenden Angeboten. Zur Koordination und als Ansprechperson sollte, neben den ehrenamtlich engagierten Helfern, ein hauptamtliches Management eingesetzt werden.

VI. Pflegenotstand beseitigen und Zugang zum Pflegeberuf erleichtern

Durch die steigende Lebenserwartung werden immer mehr Menschen auf Pflege angewiesen sein. Um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden, ist es zwingend erforderlich, die Unterbesetzung mit Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen schnellstmöglich zu beseitigen. Um den Zugang zum Pflegeberuf zu erleichtern, müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze für Pflegeberufe geschaffen werden. Die Arbeitsbedingungen und Löhne in der ambulanten und stationären Pflege müssen sich so verbessern, dass der Beruf an Attraktivität gewinnt. Darüber hinaus muss der Zugang von qualifizierten ausländischen Fachkräften erleichtert werden. Nicht in Deutschland erworbene Qualifikationen müssen verstärkt anerkannt und fehlende Kenntnisse nachgeschult werden. Die hierfür erforderlichen Prozesse dauern bislang viel zu lang und bedürfen einer dringenden Beschleunigung.

VII. Hilfs- und Beratungsangebote ausbauen und bekannter machen

Gerade für ältere Menschen, die keine Angehörigen oder nur sehr wenig finanzielle Mittel zur Verfügung haben, sind städtische Beratungsstellen von höchstem Wert. Sie dienen zum Beispiel dazu, seelische Belastung zu reduzieren, geben Unterstützung im Alltag und beim Führen des eigenen Haushalts, bieten Hilfe bei finanziellen Nöten oder bei Problemen mit Anträgen und Behörden. Vielen Betroffenen sind die bestehenden Angebote jedoch nicht bekannt und sie fühlen sich mit ihren Problemen allein gelassen. Daher müssen die Hinweise auf entsprechende Angebote und Einrichtungen deutlich verstärkt werden und (gegebenenfalls) ab einem gewissen Alter sogar in direkter Ansprache (zum Beispiel durch (ein) postalische(s) Schreiben) erfolgen. Bestehende Einrichtungen müssen erhalten und gegebenenfalls ausgebaut werden. So ist mittelfristig in jedem Bezirk mindestens ein Seniorenzentrum mit hauptamtlichem Personal und umfangreichen sozialen Beratungsangeboten zu errichten (Münchner Modell). Auch der Hamburger Hausbesuch ist dann in die bezirklichen Zentren zu integrieren. Zudem müssen sie weiterhin kostenfrei bleiben. Hierfür bedarf es angemessener Investitionen und personeller Ressourcen seitens der Stadt.

VIII. Die ältere Generation in die digitale Welt integrieren

Die zunehmende, durch die Pandemie beschleunigte Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen sorgt dafür, dass jene, die die Angebote nicht nutzen, Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe verlieren und somit ausgeschlossen und diskriminiert werden. In vielen Fällen betrifft das die ältere Generation. Durch Druck der Opposition und intensiver Arbeit im zuständigen Ausschuss hat der Senat zwar erkannt, dass das Thema Ausweitung digitaler Kompetenzen von Senioren durchaus von Bedeutung ist, die Umsetzung entsprechender Maßnahmen, wie die Koordination ehrenamtlicher Angebote hinsichtlich des Erwerbs digitaler Kompetenzen oder der Ausbau von Freiwilligenangeboten in diesem Bereich sowie die begleitende Öffentlichkeitsarbeit, lief und läuft aber viel zu schleppend. Die Maßnahmen, um mehr ältere Menschen an der digitalen Welt teilhaben zu lassen, müssen dringend mehr Fahrt aufnehmen. Auch bei einer relativ entspannten oder abnehmenden Pandemielage, werden digitale Formate und Lösungen unser gesellschaftliches Leben in großen Teilen weiterhin bestimmen. Gleichzeitig muss jedoch auch sichergestellt werden, dass beispielsweise Behörden oder Banken weiterhin auch analog erreichbar bleiben. Eine ausnahmslose Umstellung auf die digitale Welt kann keinesfalls von heute auf morgen erfolgen.

Zur besseren Bewältigung des Übergangs in die digitale Welt sollen in den Bezirken Anlaufstellen für ältere Menschen geschaffen werden, an denen sie gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Stadt die erforderlichen Formulare und Papiere digital ausfüllen können. Das erleichtert älteren Menschen die Inanspruchnahme digitaler Dienstleistungen und die Verwaltung profitiert von den Vorteilen der Digitalisierung in der täglichen Sachbearbeitung zum Beispiel durch Beschleunigung der Verfahren.

IX. Potenziale der älteren Generation in der Sozialen Marktwirtschaft

Der berufliche Erfahrungsschatz der älteren Generation ist angesichts des demografischen Wandels und des Bedarfs an gut qualifizierten Fachkräften von unschätzbarem Wert. Seniorinnen und Senioren arbeiten und engagieren sich tatkräftig in Unternehmen, Institutionen und im Ehrenamt. Nach Angaben des Mikrozensus waren in Deutschland im Jahr 2005 rund 520.000 Personen im Alter von 65 Jahren und älter erwerbstätig, was 3,3 Prozent der Bevölkerung entsprach. Im Jahr 2019 arbeiteten hingegen 1,3 Millionen oder 7,8 Prozent der Personen über 64 Jahre. Zu einem Teil ist die Entwicklung auf die Anhebung der Regelaltersgrenze zurückzuführen, zum anderen Teil aber auf die deutlich erhöhte Erwerbsneigung der Älteren. Aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) geht hervor, dass viele von ihnen sehr gut ausgebildet sind und nicht wegen Geldsorgen arbeiten. Vielmehr wurden Spaß an der Arbeit, das Einbringen der Erfahrungen oder Kontakt zu anderen Menschen als Motive genannt. Aufgrund der steigenden Nachfrage braucht es mehr gezielte Tätigkeitsangebote und vor allem muss ein stärkerer Fokus auf die Vermittlung beziehungsweise die Vernetzung zwischen möglichen Arbeitgebern oder Institutionen und jobsuchenden Senioren gesetzt werden. Dies könnte insbesondere mithilfe spezieller Plattformen oder durch entsprechende Veranstaltungsformate gelingen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Förderung für seniorengerechte Wohnungen auszuweiten und ein Konzept zur Förderung von innovativen Wohnformen, wie Mehrgenerationenhäuser, altersgerechte Wohn- und Hausgemeinschaften sowie gemeinsame Quartiere für Jung und Alt, Senioren und Familien, zu entwickeln;
2. die Verkehrsführung, insbesondere an Hauptverkehrsstraßen und großen Kreuzungen, auf Barrierefreiheit, Altersgerechtigkeit und Sicherheit zu überprüfen und gegebenenfalls mit Maßnahmen wie bedarfsorientierten oder mobilen Ampeln und Sprunginseln nachzusteuern;
3. die Preise zur Nutzung des ÖPNV für Seniorinnen und Senioren zu überprüfen und kostengünstigere Modelle zu ermöglichen;
4. für die regelmäßige Kontrolle der Gehwege durch die Wegewarte Sorge zu tragen und, wo nötig, die Zustände der Gehwege umgehend zu verbessern, Stolperfallen zu beseitigen und Barrierefreiheit sowie ausreichende Beleuchtung herzustellen;
5. bestehende Nahversorgungskonzepte in den Quartieren zu überprüfen und diese im Hinblick auf die älter werdende Gesellschaft zu optimieren;
6. sicherzustellen, dass alle Bezirke mit ausreichend öffentlichen Toiletten ausgestattet werden, und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
7. ein flächendeckendes Angebot an Seniorentreffs inklusive Beratungsangeboten zu schaffen;
8. in jedem der sieben Bezirke ein hauptamtlich geführtes Seniorenzentrum zu installieren, das für die Alltagsprobleme der Seniorinnen und Senioren ansprechbar ist und bei den Alltags Herausforderungen vermittelt;
9. mehr Ausbildungsplätze für Pflegeberufe zu schaffen und durch eine weitere Optimierung der Arbeitsbedingungen sowie begleitende Öffentlichkeitsarbeit eine Attraktivitätssteigerung der Pflegebranche herbeizuführen;
10. den Prozess hinsichtlich des Zugangs von qualifizierten ausländischen Fachkräften deutlich zu beschleunigen, sodass nicht in Deutschland erworbene Qualifikationen verstärkt und schneller anerkannt und fehlende Kenntnisse umgehend nachgeschult werden können;
11. eine öffentlich wirksame Kampagne für bestehende Hilfs- und Beratungsangebote und Einrichtungen zu entwickeln und dabei zu überprüfen, ob eine direkte Ansprache ab einem gewissen Alter sinnvoll wäre;
12. mehr Angebote zum Erwerb digitaler Kompetenzen für Seniorinnen und Senioren bereitzustellen, Anreize für entsprechende Freiwilligenangebote zu schaffen und dies mit angemessener Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten;
13. Anlaufstellen in den Bezirken zu schaffen, in denen die Senioren konkrete Hilfestellung beim Ausfüllen digitaler Anträge und Formulare erfahren;
14. eine zentrale und benutzerfreundliche Möglichkeit zu schaffen, um die Vermittlung beziehungsweise die Vernetzung zwischen möglichen Arbeitgebern oder Institutionen und jobsuchenden Senioren zu verbessern – sowohl digital als auch analog, zum Beispiel mithilfe spezieller Plattformen oder durch entsprechende Veranstaltungsformate;
15. sich mit einer Initiative im Bundesrat dafür einzusetzen, dass auch Rentnerinnen und Rentner die 300-Euro-Energiepauschale ausbezahlt bekommen;
16. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2022 zu berichten.